

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr. TOP:	475 5
	Verhandlung	Drucksache: GZ:	700/2015 AK 0429-00

Sitzungstermin:	18.11.2015
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	BM Wölfle
Berichterstattung:	-
Protokollführung:	Herr Häbe de
Betreff:	Informations- und Kommunikationstechniken luK-Maßnahmenplan (IMP) 2016 und 2017

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser vom 10.11.2015, GRDRs 700/2015, mit folgendem

Beschlussantrag:

Dem finanziellen Gesamtrahmen und den Inhalten des luK-Maßnahmenplans 2016 und 2017 wird zugestimmt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zum ASP Modell (Application Service Provider) fragt StR Urbat (SÖS-LINKE-PluS) bezogen auf die Vorlagenseite 7, viertletzter Absatz, nach, wo dieses Modell gepflegt wird. Seine Hoffnung ist, dass die Pflege nicht in den USA stattfindet. Laut Herrn Reichert (Haupt- und Personalamt) trifft es zu, dass die Firma, mit der hier zusammengearbeitet wird, ein externes Hosting anbietet. Aktuell sei ihm aber nicht bekannt, wo dieses Hosting angesiedelt ist.

Zur Anlage 2 der Vorlage, Seite 1, teilt Herr Reichert StR Urbat mit, angesichts der vorhandenen Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt, werde davon ausgegangen, dass die eingeplanten Mittel von 50.000 € auskömmlich sind.

Im weiteren Verlauf geht StR Urbat davon aus, dass ein Wechsel von Windows 7 zu Windows 10 geplant wird. Windows 10, so gibt er zu bedenken, weise allerdings z. B. hinsichtlich des Deutschen Datenschutzrechtes Defizite auf. Nach Auskunft von Herrn Reichert, wird zu dieser Nachfolgethematik ein Projekt aufgelegt. Die von StR Urbat angesprochene Problematik sei bekannt. Um die Datenübertragungen in die USA möglichst einzugrenzen, müssten bestimmte Einstellungen vorgenommen werden. Der derzeitige Stand von Windows 10 sei so, dass es aktuell extrem schwierig wäre, dieses Betriebssystem als Nachfolge von Windows 7 zu realisieren. Seiner Kenntnis nach ist Microsoft selbst daran interessiert, Veränderungen vorzunehmen. Hier bestehe kein Zeitdruck, da die Nachfolge des derzeitigen Betriebssystems erst für den nächsten Doppelhaushalt vorgesehen werde. Insofern habe man Zeit, eine korrekte Lösung zu finden.

Nachgefragt wird von StR Urbat, was die Hostanwendung für Wahlen an Kosten mit sich bringt.

Zu einer Nachfrage von StRin Deparnay-Grunenberg (SÖS-LINKE-PluS) teilt Herr Reichert mit, für die Entsorgung ausgemusterter städtischer Rechner gebe es einen Rahmenvertrag mit der Neuen Arbeit. Dem Unternehmen Neue Arbeit, so daraufhin BM Wölfle, würde es besser gehen, wenn weitere Unternehmen so verfahren würden.

Abschließend stellt BM Wölfle fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

zum Seitenanfang